

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

#### 62. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (30. October).

11 Uhr. Am Ministertisch v. Sedow mit mehreren Commissarien.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Justiz-Commission über den Antrag des Abg. Parisius, der bereits im December 1871 eingebracht war, die Staats-Regierung aufzufordern, dem Landtage spätestens in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Vorschriften, betreffend die Ent- und Bewässerungs-Zwangsgenossenschaften (Gesetz vom 28. Februar 1843 und 11. Mai 1853) dahin abgeändert werden, daß 1) Genossenschaften, welche die Erhöhung des wirtschaftlichen Ertrages der einbezirkten Grundstücke zum Zweck haben, nur dann gegründet werden dürfen, wenn die Mehrzahl der Interessenten — nach der Fläche und nach dem Grundsteuer-Reinertrage des beteiligten Besitzes berechnet — es beantragen; daß 2) Grundbesitzer zum Beitritt zu einer solchen Genossenschaft nicht gezwungen, vielmehr nur bei vorwiegenden Gründen des öffentlichen Wohls dem Expropriationsverfahren unterworfen werden dürfen; daß 3) über alle Streitfragen der Rechtsreg. gestattet wird.

Die Justiz-Commission beantragt, bei dem Beschlusse stehen zu bleiben, den sie in derselben Angelegenheit im Jahre 1869 dem Hause empfohlen hat, und welcher dahin ging, die gewünschte Vorlage für die nächste Session mit folgenden Abänderungen der Gesetzgebung von 1843 und 1853 zu verlangen: daß 1) Genossenschaften u. s. w., wie oben; 2) die den Beitritt weigernden Grundbesitzer in ihren Rechten besser als bisher geschützt werden; 3) über alle Streitigkeiten Privatrechte, soweit nicht gesetzlich oder statutarisch Schiedsgerichte eintreten, der Rechtsweg gestattet wird.

Referent Scholz führt aus, daß die minder scharfen Abänderungsvorschläge vom Jahre 1869 bezüglich des zweiten und dritten Punktes genügen würden, während in Bezug auf den ersten Herr Parisius selbst über die Beschlüsse des Jahres 1869 nicht hinausgeht. Aber einen genügenden Schutz für die den Beitritt weigernde Minorität stellt auch er nicht auf und sind in dieser Beziehung die Vorschläge der Staatsregierung abzuwarten. Der Antrag sub 3, wie ihn Herr Parisius stellt, geht offenbar zu weit.

Minister v. Sedow weist darauf hin, daß die Gesetze von 1843 und 1853, welche bisher bindend waren, der Regierung die Anwendung eines gewissen Zwanges im Verwaltungswege zugesprochen haben, falls Meliorationen, von der Majorität als solche anerkannt wurden, auf den Widerstand einer Minorität stießen. Doch ist ein neues Gesetz in der Ausarbeitung begriffen, bei der der Beschluß des Hauses vom Jahre 1869 als Anhalt dienen soll. Etwaige weitere Bedenken auszusprechen wird das Haus Gelegenheit haben, wenn es sich mit dieser neuen Vorlage befassen wird.

Abg. Mühlenthat wünscht, daß die Waldgenossenschaften in das neue in Aussicht gestellte Gesetz mit hineinbezogen werden und bezeichnet den Beschluß ad 2 vom Jahre 1869 als eine durchaus unzulängliche Basis für die angelegte Vorlage; denn in seiner allgemeinen Fassung befaßt er eigentlich gar nichts und läßt der Regierung bezüglich der Erfüllung ihrer Entschädigungspflicht durchaus freie Hand, während die französische Gesetzgebung diese Frage einfach und praktisch gelöst hat. Mit der Aufstellung eines Genossenschafts-Katasters kommt man dabei nicht durch. In Betreff des dritten Punktes genügt der Beschluß vom Jahre 1869, der den Rechtsweg zu beschreiten zuläßt, wenn auf dem Verwaltungswege den Beschwerden nicht abgeholfen wird. Dagegen hat die damalige Justizcommission eine Lücke in Betreff der wichtigen Frage gelassen, ob die Bildung resp. Auflösung der Genossenschaften im Verwaltungs- oder im Rechtswege ausgetragen ist, einer Frage, die am besten von einer aus richterlichen und administrativen Elementen zusammengesetzten Auseinandersetzungsbehörde entschieden werden würde.

Reg.-Comm. Geh. Rath Wohlers erklärt sich gegen die gewünschte Aufnahme der Waldgenossenschaften in das in Rede stehende Gesetz, weil sie in Betreff der Expropriation eine durchaus abweichende Behandlung beanspruchen müßten. Was der Vorredner sonst vorgebracht hat, wird bei der Ausarbeitung der neuen Vorlage sorgfältig berücksichtigt werden.

Abg. Parisius ist einstweilen damit zufrieden, wenn der Beschluß vom Jahre 1869 wiederholt wird, da die in Aussicht gestellte Vorlage noch immer im Sinne seines Antrages amendirt werden kann. Festzuhalten ist jedoch schon jetzt, daß die Zwangsgenossenschaften mehrfach die Minoritäten schwer geschädigt haben, ohne Entschädigung und daß diese Thatsache speciell in Bezug auf Genossenschaften in Altpreußen von der Staatsregierung selbst anerkannt worden ist. Möge nur das neue Gesetz recht beschleunigt werden! Der Finanzminister hat den Meliorationsfonds in dem Budget für 1873 bereits verdoppelt, und die Katastrophe, welche die Kreisordnung jetzt im Herrenhause erfährt, wird die Einbringung der Vorlage nicht verzögern, vielmehr auf diese Reform, wie auf alle anderen, fördernd wirken.

Darauf wird der Antrag der Justiz-Commission fast einstimmig genehmigt.  
Das Haus geht nunmehr zu Petitionen über und nimmt zunächst die noch residirende Abstimmung über die bereits discutierte Petition der christlich-katholischen Gemeinde zu Breslau vor, die vor einigen Tagen durch Beschlußunfähigkeit der Versammlung verhinert war. Heute wird diese Petition, wie die Zählung ergibt, mit 125 gegen 105 Stimmen wiederholt der Staatsregierung zur Abhilfe überwiesen.

Es folgt die Petition des Schiffbauers Christian Karberg in Sonderburg. Er fordert eine Entschädigung für die Wegnahme seines Kauffahrteischiffes „der Falke“, welches am 25. April 1864 von der „Gazelle“ zur Prise gemacht wurde, nachdem schon im März desselben Jahres Ordre erteilt war, schleswigsche Schiffe nicht aufzubringen. Der Antrag der Commission lautet: der Staatsregierung die Petition, soweit sie auf eine Entschädigung überhaupt gerichtet ist, zur nochmaligen Erwägung zu überweisen.

Abg. Eberly: Es handelt sich hier um einen Fall des Seebeuterechts, welches allen Verräthern der Civilisation widerpricht. Es ist ein Versuch gemacht worden, es abzuschaffen, doch leider vergeblich. Solche Verräther sind annectirt, als die Kaperung statthand; es mußte ein neutrales Prisenrecht eingefügt werden, welches über den Fall entschied. Ohne Beobachtung dieser unerlässlichen Bedingung ist das Schiff dem Consul Alisch in Lissabon abjudicirt worden. Ein englisches Prisenrecht hat den Consul in contumaciam zur Herausgabe des Schiffes verurtheilt. Die Commission beurtheilt diesen Fall viel zu milde. Ich stelle den Antrag, den Commissionsantrag dahin abzuändern, die Petition der Staatsregierung zur Abhilfe zu überweisen. Der Referent wiederholt die Thatsachen, die der gedruckte Bericht ausführlich darstellt, unter vielfachen Hör! Hör! Seitens der Linken, und wird der Antrag des Abg. Eberly mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der Bericht der Agram-Commission über die Petition des Deichgrafen und der Deichband-Commissarien des dritten schleswigschen Deichverbandes, B. Hamkens und Genossen, um Aufhebung des Patents vom 29. Januar 1800, soweit es die Beitragspflicht der schleswigschen Marschen zur allgemeinen Deichlaste betrifft. Der Antrag der Commission lautet: die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung und in der Erwartung zu überweisen, daß die Zahlungen der Marschdistricte für die aus der Oberaufsicht des Staates über das Deichwesen erwachsenen Ausgaben nach Erlaß des Gesetzes, betreffend die Ausdehnung des Gesetzes vom 28. Januar 1848 über das Deichwesen auf die Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover, hinwegfallen.

Referent Wallisch: Im Laufe des vorigen Jahres ist das preussische Gesetz über das Deichwesen vom 28. Januar 1848 auch auf die Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover ausgedehnt worden; es hat dies keine großen Veränderungen hervorgerufen, weil die meisten, schon bestehenden Bestimmungen in Kraft geblieben sind. Bis zu Anfang dieses Jahres war das Deichwesen ohne bestimmte Gesetze gelitten worden. Dann wurde das Bedürfnis fühlbar im Staatsinteresse die Sache gesetzlich zu regeln; zur Befolgung der nötigen Staatsbeamten wurde der Bevölkerung in den Marschdistricten eine Steuer auferlegt, was schon zur Zeit des dänischen Gesamtstaates eine Steuer auferlegt, was schon zur Zeit des dänischen Gesamtstaates als ungerecht empfunden wurde. Seitdem wir aber die Steuer verbunden sind, existiren diese Beamten gar nicht mehr und die Steuer wird also zu einer doppelten Ungerechtigkeit. Es sind zu ihrer Abstellung schon Beschwerden eingereicht, denn es existirt nirgend im preussischen Staate die Einrichtung, daß Staatsbeamten durch Besteuerung

eines Distriktes besoldet werden. Ich bitte den Antrag der Commission anzunehmen.

Regierungs-Commissar: Der Fall findet durch das Gesetz vom 11. April d. J. seine Erledigung. Artikel 4 bestimmt, daß allen Deichcommunen die volle Selbstverwaltung ihrer inneren Angelegenheiten übertragen werden solle, sobald sie ihre Organe dazu gehörig geregelt haben. Die Thätigkeit des Deichinspectors fällt jetzt dem Kreisbaumeister oder einem andern Kreisbaubeamten zu, der als technischer Director bei inneren Angelegenheiten fungirt. Es ist also gar kein Grund vorhanden, die Steuer aufzuheben, daher die Staatsregierung nur den Uebergang zur Tagesordnung empfehlen kann.

Referent Wallisch: Was der Herr Commissar gegen den Antrag der Commission vorgebracht hat, ist nicht durchschlagend. Mit Bedauern muß man hervorheben, daß bei den Staatsbeamten, welche die Oberaufsicht über die Marschen ausüben haben, seit 10–15 Jahren, namentlich in den letzten Jahren, sich das Bestreben zeigt, die Grenze zwischen der Oberaufsicht und der eigentlichen Bauleitung zu verwischen, daß die Bevölkerung in unserer Marschdistricte lebhaftest Beschwerden über die Kränkung ihrer Selbstverwaltung geführt hat und daß uns dies in der That vorzüglich machen muß. Von jeder und auch nach Erlaß des Patentes von 1800 haben die kommunalen Deichbeamten, die Deichgrafen die vollständige Arbeit gehabt. Allerdings können Ausdrücke in der Instruction leicht zu einer über die Oberaufsicht hinausgehenden Thätigkeit verführen, aber die Marschbewohner haben sich fortwährend dagegen gekämpft als gegen einen Uebergriff und möchten die Regierungsbeamten in diesem Streit nicht unterstützen. Es sind Staatsbeamte, die im Namen des Staates die Oberaufsicht üben und deren Befolgung als Steuer auf die Marschdistricte gelegt ist. Diese des preussischen Staates nicht würdige Einrichtung rathe ich dringend durch Ihr Votum zu beseitigen.

Der Antrag der Commission wird darauf angenommen.

Es folgt der Bericht der Gemeinde-Commission über die Petition des Geheimen Justizraths a. D. Vorchardt zu Berlin, worin sich derselbe über seine Heranziehung zur Gemeinde-Einkommensteuer in Charlottenburg beklagt. Die Commission hat den Uebergang zur Tagesordnung vorge schlagen, weil die Commune von Charlottenburg berechtigt war, ihn zur Steuer heranzuziehen, nachdem er sich 4–5 Monate am Orte aufgehalten.

Abg. Miquel: Die Frage ist mir und vielen anderen Abgeordneten noch nicht klar, ich stelle daher den Antrag, die Commission zur schriftlichen Berichterstattung aufzufordern. Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt die Petition des Magistrats zu Charlottenburg, daß die Gausseegelberhebung zwischen Berlin und Charlottenburg mit Ablauf der gegenwärtigen Berichtsperiode aufgehoben werde. Die Commission stimmt ihr bei und fügt hinzu, wenn eine Aufhebung nicht beliebt, eine Verlegung jenseits Charlottenburg statthaben zu lassen.

Abg. v. Meyer beantragt Uebergang zur Tagesordnung.  
Der Regierungs-Commissar spricht gegen den Commissionsantrag; es sei bei der großen Mehrzahl der Gausseegelberhebungen so gehalten, daß die Erhebung in der Mitte des Erhebungsdistricts statthabe. Wenn sie in diesem Falle verlegt werden sollte, so müßten z. B. die Bewohner von Spandau, wenn sie nach Charlottenburg wollten, für 2 Meilen Gausseegel bezahlen. — Nach einer längeren Debatte, in welcher besonders Abg. von Mitschke-Collande den Antrag der Commission verteidigt, wird der Uebergang zur Tagesordnung beschloffen.

Die Petitionen von 10 Feuerversicherungs-Gesellschaften gegen die vielfach statthabende Verwendung von Staats- und Gemeindebeamten für die Mobilien-Versicherung beantragt Abg. v. Meyer (Arnsvalde) von der heutigen Tagesordnung abzulehnen und auf einige Wochen zu vertagen, weil eine Gegenpetition vorliegt, die nur durch einen Zufall, der den Abgeordneten von Hülfsen von den Beratungen des Hauses fernhält, für die Discussion noch nicht als Material dienen kann und weil der Gegenstand der Beschwerde durch ein inzwischen erfolgtes Ministerialrecept erledigt ist.  
Abg. C. Richter: Durch eine derartige Vertagung würde die Petition geradezu in den Papierkorb geworfen. — Das Haus entscheidet sich dafür die Petition noch heute zu discutiren.

Die Commission für Handel und Gewerbe beantragt, die Petitionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung mit der Maßgabe zu überweisen, daß fortan der Betrieb von Geschäften für die Mobilien-Versicherung der öffentlichen Feuer-Societäten und Brandassuren teinem Beamten, mit dessen dienstlichen Berufspflichten dieser Geschäftsbetrieb in Collision kommen kann, namentlich teinem Beamten, welcher mit ortspolizeilichen Obliegenheiten betraut ist, — noch den amtlichen oder Privatgehilfen solcher Beamten, für den Amtsbereich derselben zu gestatten, — auch soweit die Erlaubnis der vorgesetzten Dienstbehörde den bezeichneten Beamten zu dem gedachten Geschäft schon erteilt worden, dieselbe zurückzunehmen ist.

Abg. v. Meyer wiederholt seine Ansicht, daß die Beschwerde durch ein Ministerialrecept vom 26. Juni 1872 bereits erledigt ist. Er giebt alsdann eine Darstellung der Unterschiede zwischen öffentlichen und Actien-Versicherungsgesellschaften; die öffentlichen müßten jede Person zur Versicherung annehmen, die privaten nicht, jene unterliegen der strengsten Controle, diese wären derselben überhoben; die Privatgesellschaften machten aus der Versicherung ein Gewerbe, ihre Agenten gingen hausiren, alles das sei bei den öffentlichen Gesellschaften nicht der Fall. Daher sei es in der Ordnung, daß diesen auch öffentliche Vorbeile gewährt würden. Da sie erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit die Versicherung von Mobilien begonnen hätten, so seien ihre Erfolge noch gering, da sie erst für 180 Millionen Werthe versichert hätten, aber selbst dieses unbedeutende Resultat ängstige die Actiengesellschaften, welche sich für das Lamm anfäßen, das von den öffentlichen Societäten verschlungen würde. Nach der Meinung des Abgeordneten ist es ferner falsch, daß die Actiengesellschaften durch die Beschäftigung von Beamten seitens der öffentlichen Societäten geschädigt worden sind, da sie dieselbe Befugnis dazu hätten, wie der Redner durch eine Liste von Beamten beweist, welche durch Actien-Versicherungsgesellschaften beschäftigt werden. Er bittet daher das Haus zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

Abg. Richter (Danzig) kann auf jene Unterscheidung seines Vorredners nicht eingehen und die Darstellung der Verhältnisse für die öffentlichen Gesellschaften schon deshalb nicht für richtig halten, weil Herr v. Meyer persönlich dabei interessiert sei. Die Hauptsache, um welche es sich hier handle, sei die Integrität des Beamtenstandes. Allerdings hausrten die öffentlichen Gesellschaften nicht, aber was viel schlimmer sei, sie fingen diejenigen ab, deren Versicherung bei Privat-Societäten dem Ablauf nahe sei. Schließlich bemerkt der Redner noch, daß die Beamten des Staates den Versicherungs-Gesellschaften völlig entbehrlich seien, wie dies durch eine Bitte verschiedener pommerischer Städte um Entfernung dieser Beamten aus den öffentlichen Feuerversicherungs-Gesellschaften bewiesen werde.

Abg. Hahn verliest das ministerielle Recept an die Oberpräsidenten der Provinzen, worin es ausdrücklich heißt, daß die von öffentlichen Feuerversicherungs-Gesellschaften beschäftigten Beamten sich durchaus objectiv zu verhalten und besonders jede Concurrenz mit den Privat-Gesellschaften zu vermeiden hätten. Selbstverständlich sei die Integrität der Beamten zu wahren, aber darüber hinaus habe man nicht das Recht die öffentlichen Versicherungsanstalten herabzusetzen. Der Redner citirt aus dem Coursetext den enorm hohen Courssatz der nicht auf Gegenseitigkeit beruhenden Privat-Versicherungs-Gesellschaften, der am besten beweist, daß sie unter der Mobilien-Versicherung der öffentlichen Gesellschaften nicht leiden. So motivirt empfiehlt der Redner den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Miquel constatirt, daß die öffentlichen Societäten hinlänglich geworden sind, seitdem der Zwang zur Versicherung Seitens des Staates aufgehört hat. Seitdem ist der Staat nicht mehr berechtigt durch Veranlassung seiner Beamten die eine Kategorie von Societäten auf Kosten der anderen zu begünstigen. Der Beamte soll ja überhaupt keine Nebenbeschäftigung haben, die mit seinem Beruf collidirt. Das Ministerialrecept ist nicht generell genug und faßt nur Einzelheiten ins Auge.

Abg. Eisner v. Gronow bestreitet die Infalligkeit der öffentlichen Societäten, die sich kräftiger als je gestalten. Ihr hoher Werth besteht darin, die Prästationsfähigkeit der Unterthanen zu begünstigen; daher auch der Staat die Pflicht hat, sie zu unterstützen. Der Courssatz dagegen beweist nur die Ausbeutung des Publikums durch die Privatgesellschaften. Redner beantragt daher einfachen Uebergang zur Tagesordnung.

Referent Jacobi: So lange es ein Strohdach im Lande giebt, sind die öffentlichen Versicherungs-Gesellschaften notwendig, aber eben so notwendig ist die Concurrenz der Privaten. Ferner ist unzweifelhaft, daß der Betrieb von Geschäften, die mit dem Beruf collidiren, teinem Beamten gestattet werden darf, denn Niemand kann sich selbst beaufsichtigen und controliren, darüber ist kein Wort zu verlieren. (Beifall.)  
Der Antrag der Commission wird mit entschiedener Majorität angenommen.

Der Rest der Petitionsberichte ist ohne erhebliches Interesse.  
Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung, auf deren Tagesordnung zahlreiche kleinere Gesetzentwürfe und Petitionen stehen, Sonnabend 11 Uhr, da die auf morgen angelegte erste Lesung des Staatshaushaltsgesetzes in Folge der Unvollständigkeit der bisher vertheilten Specialtats unterbleiben muß und auf den Freitag ein katholischer Feiertag fällt.

#### 31. Sitzung des Herrenhauses. (30. October.)

11 Uhr. Am Ministertisch Graf Eulenburg, Graf Roon, Graf Ikenplih, Leonhardt, Camphausen, Geh. Rath Persius.

Die Specialdebatte des Kreisordnungsentwurfs wird fortgesetzt.  
§ 85 hand: von der Vertheilung der Kreistagsabgeordneten auf die einzelnen Wahlverbände. Die Differenz zwischen den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und den Vorschlägen der Herrenhauscommission läuft darauf hinaus, daß die ersten die Zahl der städtischen Abgeordneten nach dem Verhältnis der städtischen und ländlichen Bevölkerung bestimmt wissen wollen, jedoch die Zahl derselben auf die Hälfte und in denjenigen Kreisen, in welchen nur eine Stadt vorhanden ist, auf ein Drittel theil der Abgeordneten beschränken, und die übrigen Kreise die Hälfte der Abgeordneten auf die Verbände der größeren Grundbesitzer und der Landgemeinden vertheilen. Dagegen sichern die Commissionsanträge, dem Wahlverbände der größeren Grundbesitzer die Hälfte der Gesamtzahl der Kreistagsabgeordneten zu; die andere Hälfte soll auf die Verbände der Städte und Landgemeinden nach dem Verhältnis der städtischen und ländlichen Bevölkerung vertheilt werden. Die Majorats- und Fideicommissbesitzer sollen zur persönlichen Theilnahme an den Kreistagen berechtigt sein und eventuell — wenn ihre Zahl ein Drittel der Gesamtzahl der Abgeordneten des größeren Grundbesitzes übersteigt — einen besondern Wahlverband bilden zur Wahl von Abgeordneten bis zu einem Drittel der Gesamtzahl. Abänderungen in dem Stimmverhältnis der einzelnen Wahlverbände sollen durch das Kreisstatut festgelegt werden können.

Hr. Baumstark beantragt Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, die er noch dahin ergänzt, daß in Kreisen ohne Städte die Kreistagsabgeordneten je zur Hälfte, auf die beiden andern Verbände vertheilt werden sollen.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Persius beschränkt sich, nach der getriggen entscheidenden Abstimmung über § 82 darauf, durch eine Anzahl statistischer Daten die völlige Unbilligkeit und Ungerechtigkeit der Commissionsanträge nachzuweisen.

b. Kleist-Regow dagegen sieht in denselben eine große und bedeutende Reform, welche vollkommen die Lobprüche rechtfertige, die gestern zu seiner großen Freude der Handelsminister dem Herrenhause erteilt habe. Bisher hätten auf fast allen Kreistagen der sechs östlichen Provinzen die Rittergutsbesitzer die weit überwiegende Mehrheit gehabt; wenn jetzt das Herrenhaus die Zahl derselben auf die Hälfte der Gesamtzahl einschränke, sei das ein freiwilliger Verzicht auf alte Vorrechte, ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Regierung und des Abgeordnetenhauses?

Oberbürgermeister Gobbin (Görlitz): Mit den Beschlüssen, welche das Herrenhaus gestern zu § 82 gefaßt hat und heute voranschickte zu dem vorliegenden Paragraphen sollen wir, bricht es die letzte Brücke zu einer Verständigung zwischen den drei Factoren der Gesetzgebung ab. Ich bin fast verführt, auszusprechen, daß die Majorität dieses Hauses, um ihre veralteten Privilegien zu retten, den in der Verfassung verheißenen inneren Ausbau des Staates absichtlich zu hindern trachtet. (Große Unruhe.) Ein solcher Ausbau kann immer nur vorgenommen werden auf der Basis, sei es der Einwohnerzahl, sei es der Steuerkraft. Die statistischen Tabellen, welche die Regierung dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, daß beide Methoden so ziemlich zu demselben Resultate führen, aber einer von beiden müssen wir folgen, wenn wir gerecht sein wollen.

Prof. Baumstark: Ein Streit, ob heute noch besondere Stände bestehen oder nicht, ist ja sinnlos; die offensbare Thatsache, daß sie vorhanden sind, entscheidet ihn. Aber kein Stand soll besondere Privilegien haben; diese sind gefallen, Ständ für Ständ trotz des hartnäckigsten Widerstandes in Folge des Fortschritts der menschheitlichen Entwicklung, die sich durch Nichts aufhalten läßt. Ich beklage, daß sich dieses Haus dem Geiste der Aufklärung, dem echt deutschen Geiste der Verschmelzung, welchen das Abgeordnetenhaus bei Verfassung der Kreisordnung entwickelt hat, so hartnäckig verweigert. Die Macht der Hohenzollern ist nicht herabgegangen aus den Ständen; die Grundlage, auf der sie sich entwickelt hat, ist das ganze Volk gewesen. Es ist nicht wahr, daß der Adel, und namentlich der kleine Adel, eine Hauptstütze der Monarchie sei; er hat niemals die Städte, das Bürgerthum, dem ich anzu gehören die Ehre habe, an Patriotismus übertraffen. Ueber das ständische Virilstimmrecht ist die geschichtliche Entwicklung längst zur Tagesordnung übergegangen; mit aller Ihrer Kraft können Sie es nicht wieder lebendig und wirksam machen; bequemen Sie sich dem unabwehrbaren Richterpruch der Geschichte. Geben Sie ihre abgestorbenen Privilegien freiwillig auf; den Einfluß, den Sie dadurch verlieren, können Sie doppelt und dreifach ersetzen durch Intelligenz, Loyalität und Vaterlandsliebe. (Beifall links.)

Graf Brühl hat nicht die geringste Neigung, sich irgendwem anzubehagen; er handelt nach seiner Ueberzeugung; die Folgen könnten ihn nicht kümmern.

b. Below glaubt, daß es gerade bei diesem Paragraphen schwer sei, eine allgemeine, für alle sechs östlichen Provinzen gleich zutreffende Bestimmung zu finden. Anders seien die Verhältnisse in der Kolonistenbevölkerung Preußens, anders in dem naturwüchsigen Abel Pommerens, unter dem seit Walters eine Art demokratischer Gleichheit herrsche. Um die Unterschiede einigermaßen auszugleichen, möchte er das Virilstimmrecht der Majorats- und Fideicommiss auf solche einschränken, die mindestens 3000 Thlr. Reinertrag gäben.

b. Senft-Pilsch: Es ist vollkommen wahr, daß die Verhältnisse in den sechs östlichen Provinzen so verschieden sind, daß sich ein allgemeines Gesetz für alle gar nicht herstellen läßt. Deshalb wäre es am meisten gewiss, die Regelung der Fragen, mit denen sich die Vorlage beschäftigt, den Provinzen und Kreisen zu überlassen; unser Bauer hat einen sehr scharfen Verstand, vor dem ich den größten Respekt habe. Anstatt ihn nun zu fragen, wie er seine eigenen Verhältnisse eingerichtet wünscht, will die Vorlage dieselben nach gewissen phantastischen Ideen und Theorien regeln. Sie schädigt aufs Tiefste das überaus werthvolle, sociale Leben auf dem platten Lande, das doch über dem in den Städten steht. Denn in den Städten kennen sich die Bewohner derselben Etage nicht einmal, während auf dem Dorf Jeder den Andern kennt; man lebt da wie in einer großen Familie. Ueberhaupt woju plagen Sie sich noch weiter mit der Verabredung des Gesetzes? Auch wenn Sie alle Verbesserungen Ihrer Commission annehmen, bringen Sie doch nur ein Ding zu Stande, das zu Nichts zu gebrauchen ist. Ich habe es Ihnen schon beim ersten Paragraphen gesagt.

Referent v. Wedell: erwidert Baumstark, daß der Adel 1866 allerdings mehr Patriotismus bewiesen habe, als die Städte, deren Parole es gewesen sei: Diesem Ministerium keinen Groschen! Prof. Dornburg weist diese Beschuldigung mit dem Hinweis auf Breslau und Halle zurück.

Zu namentlicher Abstimmung wird demnach das Amendement Baumstark mit 93 gegen 63 Stimmen abgelehnt und § 85 in der Fassung der Commission angenommen.

Zu § 90, der von der Vollziehung der Wahlen in den Wahlverbänden der größeren Grundbesitzer handelt, hat Herr Baumstark ein ganz unverständliches, nur redactionelles Amendement gestellt. Herr Baumstark: Sie haben mir bis jetzt noch nicht die Freude gemacht, ein einziges Amendement von mir anzunehmen. Seien Sie doch nicht so grausam, auch dies so ganz völlig unverständliche Amendement abzulehnen, damit ich doch wenigstens sagen kann, ich habe ein Amendement durchgesetzt. Referent von Wedell: Da der Professor Baumstark so sehnüchlich bittet, so nehme ich



keinen Anstand im Namen der Commission das Haus um Annahme seines Amendements zu ersuchen. (Heiterkeit.) Das Amendement wird trotzdem abgelehnt und der § 90 des Commissionsskizzenentwurfs angenommen.

Zu § 111 zieht Professor Baumstark ein gleichfalls nur redactionelles Amendement zurück. Referent v. Wedell. Wenn das Amendement nicht zurückgezogen wäre, so würde ich mich dafür erklärt haben. (Große Heiterkeit.)

Zu § 119, welcher bestimmt, daß die Beschlüsse des Kreistags nach Stimmmehrheit gefaßt werden sollen und nur dann eine Zweidrittelmehrheit fordert, wenn eine neue Belastung der Kreisangehörigen ohne eine gesetzliche Verpflichtung oder eine Veränderung vom Grunde oder Capitalvermögen des Kreises bewirkt oder eine Veränderung des festgestellten Verteilungsmassstabes für die Kreisabgaben eingeführt werden soll, schlägt die Commission folgenden Zusatz vor: Findet ein ganzer Wahlverband sich durch einen Kreisbeschluss in seinen Interessen verletzt, so steht ihm mittelst Einreichung eines Separatvotums die Berufung auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts frei. Die Berufung muß vor dem Schlusse des Kreistages bei dem Landrathe angemeldet und das Separatvotum binnen einer von diesem zu bestimmenden Frist eingereicht werden. Bis zur ergangenen Entscheidung bleibt die Ausführung des Kreisbeschlusses ausgeföhrt. Herr Baumstark beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Verichtsfahrer Referent v. Röcher: Das Haus hat in seinen bisherigen Beschlüssen der Regierung bereits weitestliche Concessionen gemacht. In Folge dieser Concessionen, wie namentlich der Aufhebung der gutsherrlichen Polizei und der theilweisen Aufhebung des Lehnsschulzen-Amtes sind sogar viele Mitglieder des Hauses entschlossen, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, wie sie es bereits in der Commission gethan haben, um so mehr, als ja nach den gestrigen Aeußerungen auf ein Zustandekommen des Gesetzes nicht gerechnet wird. Was hat dann uns dem gegenüber die Staatsregierung für Concessionen gemacht? Sie hat wohl bisher dem Abgeordnetenhaus in diesem Gesetz Zugeständnisse gemacht, aber nicht uns. Wenn aber irgendwo ein Nachgeben ihrerseits gegen uns am Orte ist, so ist es hier der Fall bei der Frage von der itio in partes. Stände in gewissem Sinne erkennt ja auch die Regierung an; die itio in partes ist aber eine notwendige Bedingung jeder ständlichen Verfassung. Man sagt uns, sie sei überflüssig, nun, um so geringer wäre die Concession, wenn sie uns die itio in partes geben. Die Regierung hat ja aus freien Stücken die itio in partes den neuen Provinzen gewährt, behandeln Sie uns doch nicht schlechter als die neuen Provinzen.

Minister des Innern. Gegen den letzten Einwand muß ich erwidern: In der Verordnung vom Jahre 1867, durch welche in den neuen Provinzen, die itio in partes statuiert wurde, existierte ein Steuernachschuß, nach welchen überhaupt die Kreisabgaben aufzubringen sind, nicht. In dem vorliegenden Gesetz ist aber ein für allemal gesetzlich festgestellt, nach welchen Grundstücken die Steuern aufgebracht werden können. Das ist der Grund, weshalb eine itio in partes in diesem Gesetz mindestens vollständig überflüssig erscheint.

Oberbürgermeister von Lbaden (Altona). In Schleswig-Holstein ist die itio in partes in den alten Provinzen bestehende Kreis-Ordnung eingeführt, es würde aber unrichtig sein, zu sagen, sie sei dort bereits lebendig oder lebensfähig geworden. Der Hauptgrund aber, warum die eingeführte Kreisverfassung nicht gefaßt, ist eben die itio in partes, die Sie uns gegeben haben. Durch dies eine Institut haben Sie uns den Geschmack an unserer Kreisverfassung gründlich verborben. Ich halte eine jede communale Verfassung für ein todgeborenes Kind, die eine itio in partes festsetzt. Die Städte sind auf freien Verfassungen basirt. Ein großer Mann, ein großer Preuss, Stein, dem ganz Deutschland jüngst erst ein Denkmal gesetzt, hatte diese Verfassungen geschaffen. Ich denke, was für die Städte eine so segensreiche geschichtliche Entwicklung erhalten hat, das kann für das Land nicht so ganz verwerflich sein. M. H., es könnte eine Zeit kommen, wo Sie es bereuen, das Land und das ganze communale Leben nicht bei Zeiten organisiert zu haben. Denken Sie nur an die großen socialen Bewegungen, die gegenwärtig das ganze Land bebrohen.

Hätten wir die freien Städteverfassungen nicht, ich glaube, wir müßten mit viel mehr Beunruhigung diesen Bewegungen zusehen. Ich glaube nicht, daß Sie Ursache haben, in dieser Hinsicht auf dem Lande so sehr sicher und ruhig zu sein. Ich bitte Sie bringen, zu erwägen, ob es nicht in Ihrem eigenen Interesse wäre, für eine wahre Organisation des Landes zu wirken. Eine solche aber erreichen Sie nicht durch die Vorschläge Ihrer Commission, am wenigsten durch die itio in partes. Oberbürgermeister Hasselbach (Magdeburg). Ich gebe zu, daß bei der alten Kreisvertretung die itio in partes eine Nothwendigkeit war. Wir wollen aber jetzt eine Kreisvertretung machen, die sich als etwas Gemeinames fühlen soll, und da weiß ich doch in der That nicht, wie man da eine itio in partes beibehalten will. Ich behaupte, daß eine Collision von Interessen zwischen dem Stande der Großgrundbesitzer und der Kleingrundbesitzer außer in rein lokalen Fragen ganz unmöglich ist. Drücken Sie doch einer Institution, die gemeinsam wirken soll und der sie einen großen Theil der Staatsverwaltung übertragen wollen, nicht von vorne herein den Stempel des Mißtrauens auf. Halten Sie die itio in partes für notwendig, dann lehnen Sie doch lieber die ganze Institution ab und stimmen Sie gegen das Gesetz.

v. Senfft-Pilsa: Ich habe Bauern gefragt, und die haben mir gesagt, sie wollen, daß mehr Bauern in die Kreistage hineinkommen. Da frage ich, warum? „Ja, wegen der Chaussees.“ Meine Herren, der Bauer wünscht keine Chaussees, und daß für solche Fälle die Bauern die Freiheit haben sollen, zu sagen: wir wollen die Chaussees nicht, wir verlangen die itio in partes, das scheint mir doch vollkommen gerechtfertigt.

Das Amendement Baumstark wird hierauf abgelehnt und der § 119 in der Fassung der Commission angenommen.

Die nachfolgenden Paragraphen werden durchweg nach den Anträgen der Commission angenommen. Zu § 130, welcher von den besonderen Geschäften des Kreisaußschusses handelt, liegt eine lange Reihe von Amendements des Herrn Baumstark vor. Sie scheinen in der Hauptsache auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage hinauszuweisen, sind aber erst handschriftlich eingebracht und werden so undeutlich verlesen, daß Graf Rittberg beantragt, die Debatte auf morgen zu verlagern, um erst ihren Druck abzuwarten und so den Mitgliedern des Hauses ein reichliches Urtheil zu ermöglichen. Das Haus lehnt indeß diesen Antrag ab; die Debatte geht unter großer Unannehmlichkeit des Hauses weiter. Ein oder zwei der zahlreichen Baumstark'schen Amendements zu § 130 werden angenommen, denen indeß Freund und Feind das Zeugnis ausstellen, daß sie unwesentlich seien, auf ihre Wiedergabe müssen wir unter den angegebenen Umständen verzichten. Eine lebhaftere Debatte entpuppt sich beim elften Passus des § 130, welcher die Competenz des Kreisaußschusses auf die Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheitspflege ausdehnt. Die Commission beantragt Streichung desselben.

Herr Baumstark: Diese Bestimmung ist auf den Antrag des Abgeordneten Rittberg der Regierungsvorlage im Abgeordnetenhaus eingebracht worden. Ich hoffe, daß sich die Commission nicht aus politischen Antipathien hat bestimmen lassen, sie wieder zu streichen. In dieser Zeit, in welcher von nah und fern Nachrichten einlaufen von drohenden Epidemien, gebietet Ihnen schon die Humanität und die christliche Liebe zu Ihren Mitmenschen, dem Vorschlag des Abgeordnetenhaus beizutreten. v. Reist-Rehow: Herr Professor Dr. Baumstark erlaubt sich wiederholt in einer durchaus ungehörigen Weise über die Majorität dieses Hauses sich auszuweisen. Wenn für Zwecke der christlichen Liebe hier gesammelt würde, meine Freunde würden gewiß nicht weniger geben, wie die Feigen. Aber darum handelt es sich hier gar nicht. Wir sind gegen den Passus, weil wir eine einheitliche Regelung der Gesundheitspflege wünschen und sie nicht dem Willkür jedes einzelnen Kreisaußschusses überlassen wollen. Das Haus stimmt dem Antrage der Commission bei und Passus XI. des § 130 wird gestrichen.

Um 4 Uhr wird ein Vertagungsantrag angenommen; der Präsident macht darauf aufmerksam, daß am Freitag ein hoher, katholischer Feiertag sei und fragt, ob das Haus, wenn in der morgigen Vormittags-Sitzung die Vorlage nicht zu Ende beraten wäre, morgen eine Abend-Sitzung abhalten wolle oder ob sich die katholischen Mitglieder eventuell mit einer Feiertags-Sitzung einverstanden erklären würde. Graf Brühl hat gegen letztere nichts einzuwenden, falls sie spät angefaßt sei, da er vorher seinen gottesdienstlichen Pflichten genügen könne, dagegen befragter Stadtrath Wildens, obgleich selbst nicht Katholik, die Abend-Sitzung am Donnerstag; um der ultramontanen Presse nicht eine Waffe in die Hand zu geben, wenn das Herrenhaus entgegen der sonstigen Gewohnheit an einem katholischen Feiertage Sitzung hielte. Das Haus tritt dieser Ansicht bei.

Schluß 4 Uhr; nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Kreisordnungsdebatte.)

Berlin, 30. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten v. D. von Arnim, zuletzt Commandeur des Westfälischen Kürassier-Regiments Nr. 4, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, und dem Obersten a. D. Sander, bisher Platz-Ingenieur in Glas, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

[Se. Majestät der König] hat den Vergewerts-Director, Berg-Rath

Niedner, zu Rüdersdorf zum Ober-Berg-Rath ernannt; den Ober-Amtsmann Krause zu Hoffmann, Noeldechen zu Reubof und Hauptmann a. D. Braune zu Raasich den Charakter als Amts-Rath verliehen; sowie den bisherigen Stadtvorordneten, Dr. med. Jacobs zu Eupen, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Eupen für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Carl von Preußen] ist von Ludwigslust kommend hier wieder eingetroffen.

Dem Ober-Berg-Rath Niedner ist die Stelle eines Mitgliedes bei dem Ober-Bergamte zu Breslau übertragen worden. Dem Bergwerks-Director Fohld, bisher zu Warburg, am Meißner, ist die Stelle des Directors der Berg-Inspection zu Rüdersdorf übertragen worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Nidell in Ortelburg ist als Rechtsanwalt unter Verleihung des Notariats für den Bezirk des königlichen Appellationsgerichts zu Jüterburg an das königliche Kreisgericht in Marggrabowa, mit Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst, versetzt worden.

[Bekanntmachung.] Die in Rußland herrschende Cholera-Epidemie ist bis in die Nähe des Regierungsbezirks Gumbinnen vorgerückt. Um im Falle des immerhin möglichen Ausbruchs der Cholera dem dort herrschenden Mangel an Aerzten thunlichst abzuhelfen, ist die königliche Regierung zu Gumbinnen ermächtigt, denjenigen Aerzten, welche sich ihr zur Bekämpfung der dort etwa auftretenden Epidemie zur Verfügung stellen, während der Dauer der letzteren außer den aufgewendeten Reisekosten 5 Thaler Diäten neben freier Substanz zu gewähren.

Aerzte, welche bereit sind, hierauf einzugehen, wollen dies schleunigst entweder direct der genannten königlichen Regierung, oder dem unterzeichneten Minister anzeigen.

Berlin, den 29. October 1872.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

In Vertretung: Dr. Achenbach.

Berlin, 30. October. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] begaben sich, in Begleitung der übrigen kaiserlichen Herrschaften, gestern Vormittag um 10 Uhr vom Großherzoglichen Schlosse in Ludwigslust wieder nach dem Jasniger Saupark, wo bis zum Dunkelwerden gejagt wurde. Bei der Rückkehr nach dem Schlosse waren die Straßen wiederum festlich erleuchtet.

Heute Vormittag um 9 Uhr erfolgte die Abreise Sr. Majestät, Allerhöchstdieselbe Mittag zwischen 12 und 1 Uhr hier wieder eintrafen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] verweilte gestern auf der Reise von Baden nach Coblenz einige Stunden in Karlsruhe, um dafelbst die beiden Klassen der Friedrichsschule und die Mädchenschule zu besuchen, in welchen Allerhöchstdieselbe drei Entföndler unterrichtet werden. Ihre Majestät ließ sich den Vorstand des Badischen Frauenvereins vorstellen, besuchte mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin diejenige Abtheilung desselben, welche die Krankenpflege übernommen hat, sowie das Museum der im Kriege bewährten Hilfsmittel, und sah die unter Fürsorge Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin ausgebildeten Krankenpflegerinnen, wobei Ihre Majestät die freudigste Anerkennung aller Werke der hohen Protectorin des Vereins aussprach. — Nach einem Besuch im Großherzoglichen Schlosse setzte Ihre Majestät die Reise fort und traf Abends in Coblenz ein. — Der Schloßhauptmann von Benrath, Freiherr von Freng, übernimmt den Kammerherrndienst bei Ihrer Majestät.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht] traf, wie aus Frankenstein gemeldet wird, am 27. d. M. aus Berlin dafelbst ein und begab sich sofort nach Schloß Camenz. Der Aufenthalt dafelbst wird nach den Reise-dispositionen bis zum 6. November dauern.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Georg] passirte, wie die „Cobl. Ztg.“ meldet, gestern Vormittag 11 Uhr, von Mainz kommend, die Stadt Coblenz.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 146. Königl. preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstraße 168, ohne Gewähr.

Aus dem Berliner Fremden- und Anzeigebblatt.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

1 Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 52,476.

8 Gewinne von 5000 Thlr. auf Nr. 17,408, 31,359, 47,773, 58,533, 64,692, 79,964, 88,348 und 92,211.

4 Gewinne von 2000 Thlr. auf Nr. 13,094, 22,097, 65,516 und 83,618.

41 Gewinne von 1000 Thlr. auf Nr. 2648, 2839, 4162, 5698, 8544, 9589, 10,271, 10,641, 11,981, 13,084, 13,254, 17,648, 18,154, 18,968, 21,062, 23,788, 24,299, 26,468, 28,584, 34,588, 36,557, 36,954, 39,396, 45,256, 46,973, 49,386, 51,818, 53,054, 56,791, 59,083, 60,810, 61,662, 61,848, 62,007, 77,386, 81,268, 88,547, 89,943, 91,731, 92,391 und 92,531.

56 Gewinne von 500 Thlr. auf Nr. 484, 699, 6399, 7084, 8137, 8156, 9147, 9344, 18,058, 18,194, 20,990, 22,457, 22,800, 23,588, 24,807, 27,353, 27,868, 28,312, 28,777, 29,563, 30,671, 31,918, 34,819, 36,290, 39,073, 39,261, 41,015, 41,440, 43,052, 43,206, 43,338, 46,033, 47,423, 48,799, 49,888, 52,678, 52,724, 56,933, 58,397, 59,165, 60,324, 62,640, 63,016, 65,602, 75,034, 79,589, 79,744, 84,505, 85,984, 86,979, 88,193, 88,255, 90,545, 92,271, 92,400 und 94,978.

78 Gewinne von 200 Thlr. auf Nr. 925, 2568, 4203, 10,025, 11,080, 11,581, 11,621, 12,763, 13,850, 14,651, 16,656, 17,034, 17,426, 18,192, 18,730, 18,982, 19,175, 22,452, 22,850, 23,778, 25,293, 26,129, 27,459, 29,912, 30,246, 30,576, 31,492, 32,183, 34,482, 37,131, 37,305, 37,514, 38,367, 41,650, 42,009, 43,050, 45,087, 46,511, 47,160, 48,038, 48,499, 50,465, 50,944, 50,976, 52,456, 54,557, 55,212, 57,012, 61,303, 65,576, 68,311, 68,887, 72,463, 73,126, 73,463, 73,660, 75,087, 75,498, 79,831, 80,188, 80,441, 80,529, 81,445, 82,038, 83,143, 83,945, 84,546, 85,297, 86,614, 86,862, 87,725, 89,387, 90,625, 91,024, 91,289, 91,552, 93,264 und 93,399.

Gewinne zu 70 Thlr.

(Die Gewinne zu 100 Thlr. sind in Parenthese beigefügt.)

117, 43 (100), 204, 26, 328, 46, 436, 531, 613, 32, 36, 47, 66, 98, 716, 62, 64, 94, 807, 969, 1112, 26, 55, 257, 92, 300, 55, 94, 425, 76, 534, 49, 628, 75, 80, 773, 833, 925, 54, 63, 72, 103, 55, 82, 110, 32, 51, 82, 252, 75, 313 (100), 20, 86, 483, 512, 77, 96, 669, 94, 736, 81, 809, 54, 70, 3056, 66, 87, 101, 280 (100), 329, 52 (100), 59, 478, 96, 515, 52, 629, 62, 734, 814, 65, 966, 4135, 92, 209, 389, 455, 578, 79, 655, 57, 80, 751, 64, 858, 89, 98, 968, 5075, 94, 232, 67, 337, 55, 94, 529, 64, 621, 41, 90, 727, 44, 83, 848, 65, 993, 6044, 63, 75, 187 (100), 90, 231, 351 (100), 53, 427, 90, 555, 58 (100), 83, 609, 13, 702, 49, 71, 96, 925, 37, 66, 68, 7048, 130, 62, 228, 90, 406, 7 (100), 16, 31, 59, 560, 93, 673, 724, 72, 842, 8024, 95, 105, 20, 88, 240, 312, 36, 80, 87 (100), 472, 77, 547, 88, 611, 91 (100), 829, 48, 9122, 32, 74 (100), 97, 269, 325, 50, 80, 410, 31, 32, 38, 69, 554, 71, 615, 70, 76, 787, 965.

10,032, 78, 201, 22, 47, 366, 483, 522, 85, 633, 744, 66 (100), 800, 38, 48, 906, 18, 47, 76, 78, 84, 11,062, 168, 69, 232, 357, 404 (100), 24, 65, 612, 73, 825, 12,010, 77, 191, 333, 57, 426, 35, 88, 511, 26, 91 (100), 629, 32, 751, 13,003, 5, 6, 52, 171, 209, 16, 303, 18, 33, 95, 414, 22, 52, 61, 91, 537, 65, 627, 54, 74, 714, 36, 806, 87, 924, 32, 42, 48, 14,060, 66, 141, 76, 224, 32, 41, 329, 39, 400, 24, 59, 537, 56, 625 (100), 66, 74, 817, 77, 914, 67, 75, 15,007, 114, 26, 214, 60, 72, 96, 413, 63, 618, 732, 820, 27, 32, 81, 903, 16, 40, 16,000, 67 (100), 143 (100), 248, 99, 331 (100), 44, 422, 51, 86, 557, 632, 66, 70, 755, 56, 870, 905, 55, 94, 17,042, 117, 220, 34, 92, 443, 48, 506, 9, 43, 664, 784, 97, 905, 69, 87, 18,066, 76, 125, 67, 76, 83, 234, 307, 449 (100), 68, 70, 92 (100), 516, 75, 773, 828, 51, 58, 59, 76, 999, 19,001, 37, 74, 126, 34, 213 (100), 54 (100), 80, 86, 333, 60, 77, 458, 78, 528, 76, 631, 36, 715, 840, 93, 96, 916, 26, 90.

20,028, 38, 86, 110, 355, 74, 513, 23, 28, 604, 24, 38, 40, 44, 727, 79, 842, 67, 96, 966, 21,061, 105, 44, 236, 311, 473, 522, 50 (100), 67, 83 (100), 646, 63, 69 (100), 74, 76, 86, 711, 47, 97, 832, 65, 79, 930, 82, 22,012 (100), 22, 27, 68, 189, 227 (00), 381, 91, 427, 47, 525, 727, 29, 84, 96, 811, 90, 991, 23,015, 47, 82, 87, 160, 75, 219, 29, 305, 13, 606, 710, 69, 89, 93 (100), 816, 24, 38, 46, 56, 934, 36, 81, 84 (100), 96, 24,068, 8, 9, 40, 317, 31, 46, 474, 76, 81, 545, 97, 621, 53, 84, 928, 79 (100), 25,079, 129, 54, 227, 37, 74, 84, 324, 40, 73, 476, 527, 68, 85, 695, 731 (100), 62, 90, 846, 900, 26,012, 107, 21, 54, 73, 218, 64 (100), 318, 77, 87, 449, 573, 606, 49, 79 (100), 703, 16, 971, 27,115, 18, 34, 65 (100), 83, 393, 403, 58.

96, 520 (100), 613, 703, 804, 6, 56, 901, 87, 28,029, 52, 111, 13, 41, 42, 46, 96, 288, 346, 48, 52, 54, 410, 25, 534, 608, 69, 71, 94, 725, 29, 36, 67, 806, 21, 60, 87, 975, 29,086, 93, 138, 45, 63, 245, 407, 12, 557, 68, 87, 621, 99, 719, 922.

30,158, 88, 403, 46, 49, 505, 731, 839, 85, 31,022, 97, 236, 73, 323 (100), 478, 617, 54, 742, 870, 32,150, 97, 270, 95, 425, 36, 55, 565, 628, 58, 708, 15, 58, 89, 889, 901, 10, 33,003, 94, 97 (100), 99, 120, 42, 67, 253, 68, 70, 428, 53, 89, 514, 27, 48, 56, 73, 764, 80, 807, 986, 34,003, 71, 132, 79, 85, 330, 95, 419, 587, 752, 61, 89, 990, 35,005, 9, 50, 90, 142, 92 (100), 98, 213, 55, 56, 80, 369 (100), 89, 535, 79, 83, 619, 85, 884, 933, 82, 36,165, 200, 11, 16, 41, 319, 436, 71, 86, 656, 62, 721, 50, 87, 835, 72, 919, 31, 89, 37,028, 50, 62, 75, 192, 230, 344, 89, 429, 31, 54, 586, 771, 89, 806, 8 (100), 25, 39, 925, 57, 95, 98, 38,045, 120, 64, 77, 230, 71, 359, 61, 69, 464, 606, 24 (100), 71, 79, 84, 771, 77, 85, 825, 54, 78 (100), 39,021, 76, 104, 23, 33, 98, 214, 53, 490, 505, 41, 679, 96, 735.

40,002, 43, 57, 126 (100), 99, 209, 333 (100), 59 (100), 84, 492, 501, 16, 64, 663, 791, 836, 93, 41,008, 72, 73, 77 (100), 193, 343, 429, 57, 59, 580, 86, 88, 664, 99, 700, 16, 86, 93, 809, 57, 902, 42,018, 28, 63 (100), 80, 92, 170, 82, 207, 66, 302, 3, 60, 87, 92 (100), 446, 598, 662, 919 (100), 21, 37, 81, 82, 92, 43,039, 107, 70, 82, 323, 423, 29, 502, 14, 37, 69, 81, 85, 600, 84, 87, 762, 77, 819, 41, 45, 79, 86, 929, 44,002, 53, 103, 65, 382, 86, 467, 521, 28 (100), 78, 625, 52, 90, 766, 72, 809, 13, 960, 45,088, 144, 334, 90, 442, 59 (100), 500, 3, 7, 14, 49, 56 (100), 805, 70, 901, 6, 13, 24, 44, 45, 47, 46,021, 107 (100), 9, 28 (100), 89, 269, 83, 91, 331, 509, 604, 750, 884, 85, 95, 959, 47,023, 69, 84, 124, 91, 237, 456, 74, 571, 611, 20, 72, 80, 720, 829 (100), 912, 42, 48,051, 107, 19, 210, 44, 323, 487, 500, 54, 81, 818, 907, 18, 27, 32, 37, 56, 92, 49,002, 228, 78, 335, 99, 415, 20, 83, 549, 85, 645 (100), 70, 733, 91, 800, 936, 69.

50,001, 7, 10, 11, 176, 245, 70, 91, 308, 62, 67, 89 (100), 553, 56, 67, 656, 800, 929, 77, 51,042, 46, 73, 84, 200, 19, 28, 364, 405, 572 (100), 654, 71, 815, 41, 912, 23, 52,043, 127, 80, 240, 98, 348, 414, 95, 515, 53, 63, 93, 619, 728, 837, 90, 994, 53,003 (100), 6, 22, 41, 118, 39, 260, 434, 51, 545, 73, 79, 621, 62, 77, 91, 815, 73, 97, 902, 12, 54,054, 209, 18, 367, 69, 70, 412, 30, 628, 97, 772, 817, 52, 960, 55,078, 207, 51, 329, 30, 85, 460, 573, 77, 690, 729, 97, 840, 56,000, 8, 119, 27, 338, 406, 552, 79, 633, 820, 36, 77, 946, 84, 57,064, 67, 83, 110, 61, 201, 10, 69, 305, 21 (100), 22, 63 (100), 79, 91, 407, 50, 503, 22, 36 (100), 646, 54, 702, 8, 22, 76, 813, 58,054, 271, 358, 65, 82, 429, 57, 95, 528, 55, 615, 40, 82, 99, 766, 831, 40, 908, 13, 23, 59,048, 92, 95, 162, 81, 93, 233, 67, 85, 320, 64, 98, 466, 86, 573, 83, 87, 66, 603 (100), 5, 58, 86 (100), 92, 788, 808, 923.

60,039, 41, 94, 120, 297, 392, 405, 18, 51, 95, 510, 12, 633, 713, 26, 32, 922 (100), 30, 61,032 (100), 51, 56, 89, 136, 262, 324, 88, 410 (100), 73, 611, 33, 56, 81, 722, 806, 53, 926, 38, 76 (100), 62,021, 88, 153, 91, 283, 357, 88, 408, 607, 21, 31, 702, 919, 44, 57, 63,227, 47, 81, 302, 23, 38, 468 (100), 502, 17, 603, 25, 30,



den wesentlich zustimmenden Anträgen der „freien Commission“ beitreten würde.

„Mit dieser bestimmten Erwartung wurde in der That den Beratungen des Herrenhauses von allen Seiten entgegengekommen. Auch noch in den ersten Tagen der allgemeinen Beratung im Hause glaubte man annehmen zu dürfen, daß die scharf ablehnenden Neben einiger Führer der alt-conservativen Partei keineswegs den Ueberzeugungen der Mehrheit des Hauses entsprächen.“

„Das von der Regierung, wie überall in der Öffentlichkeit ausgesprochen wurde, wurde jedoch gleich durch die ersten Abstimmungen getrübt: es stellte sich heraus, daß der Einfluß und die Kraft der „neuen Partei“ im Herrenhaus überhäufig vorhanden war, und daß die der Reform widerstrebende Partei nicht bloß der Zahl nach das Uebergewicht behauptet, sondern auch allein innerlich geeinigt und fest geschlossen vorgeht, während die „neue Partei“, welche aus sehr verschiedenartigen Elementen besteht, bis jetzt des festen Faltes und einer einheitlichen Führung entbehrt.“

„Die Regierung freilich hatte ihre Hoffnung keineswegs ausschließlich auf die „neue Fraktion“ gesetzt; sie hatte vielmehr auch zu den Alt-Conservativen das Vertrauen gehegt, daß dieselben in richtiger Erkenntnis und Würdigung der maßgebenden Verhältnisse, sowie aus Werthhaltung des Bundes, welches sie seit der Regierung des Kaisers und Königs vertauscht hat, eine scharfe Ablehnung des Reformvorwurfs, auf welches die Krone und die Kräfte derselben den höchsten Werth legen, vermeiden würden. Die Regierung durfte annehmen, daß eine conservative Partei in einer preussischen ersten Kammer ihre Beziehungen zur Krone erfrat und strenger auffassen würde, als daß sie eine wichtige Reform, welche die Regierung des Königs im Zusammenhang der inneren Gesamtpolitik für geboten erachtet und zu deren Durchführung der Boden günstiger, als je zuvor bereitet ist, ihrerseits ohne jeden Versuch einer wirklichen Verständigung von der Hand weisen könnte.“

„Der Gang der Beratungen und Beschlüsse hat jedoch immer entschieden bekundet, daß die Mehrheit des Herrenhauses ihr Bestreben einzig und allein darauf gerichtet hat, das Zustandekommen der Reform auf den zur Zeit allen möglichen Grundlagen zu vereiteln.“

„Es war bezeichnend für den Geist und Sinn, in welchem die Verhandlungen geführt werden, daß einer der bedeutendsten und ernstesten Führer der Partei dem Minister, welcher einen in Aussicht stehenden Beschluß Namens der Staatsregierung als völlig unannehmbar erklärte, in herausfordernder Weise zurief: „Wir hoffen, daß noch recht viele Beschlüsse gefaßt werden, welche dem Herrn Minister unannehmbar erscheinen.“

„Das ist nicht die Stellung und nicht der Ton, in welchen eine conservative Partei in Preußen mit der Regierung des Königs verhandeln darf.“

Solchem Auftreten und den entsprechenden Beschlüssen gegenüber ist allerdings die Hoffnung, daß es durch die jetzt schwebenden Verhandlungen gelingen könne, die beabsichtigte Reform zum Abschluß zu bringen, sehr tief gesunken, ja so gut wie aufgegeben. Dagegen ist der feste Wille der Regierung in Bezug auf die unerlässliche und unumkehrte Durchführung des unternehmen Werkes nicht erschüttert; vielmehr ist die Regierung entschlossen, alle ihre Kräfte und alle Mittel, welche ihr durch die Verfassung in die Hand gegeben sind, daran zu setzen, daß die zu einer befriedigenden Lösung bereits erreichten Ergebnisse nicht wieder verloren gehen.“

„Es handelt sich bei den zu solchem Zwecke zu fassenden Beschlüssen nicht mehr bloß um die Frage der Kreisordnung; es handelt sich um den Fortgang oder Stillstand der Gesetzgebung überhaupt, es handelt sich um das Ansehen und die Macht der Krone und der von ihr berufenen Regierung.“

**Dresden, 30. Octbr.** [Zweite Kammer.] In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Bildung von Bezirksverordnungen, angenommen. Dieselben sollen zu je einem Drittel aus den Höchstbesteuerten des Bezirks, aus Abgeordneten der Stadtbezirke und solchen aus den Landbezirken bestehen. Die Debatte wurde darauf vertagt. — In der ersten Kammer wird am Freitag die Beratung über die Städteordnung beginnen.

**Marburg, 30. October.** [Wahl.] Bei der heute hier, an Stelle des nach Bonn verlegten Professor Mangold, vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten zum preussischen Landtage wurde der Landrath Mayer von hier (conservativ) gewählt. Derselbe erhielt 79 von den abgegebenen 122 Stimmen; die übrigen Stimmen zerstreuten sich auf Candidaten der liberalen und national-liberalen Partei.

**Frankfurt a. M., 30. Octbr.** [Ernennung.] Durch Allerhöchste Cabinetsordre ist, wie die „Frankfurter Presse“ jetzt positiv mittheilen kann, Regierungsrath v. Hergenroth zu Wiesbaden zum Polizeipräsidenten hierselbst ernannt, und soll derselbe demnächst in den neuen Posten eingeführt werden.

**München, 28. Oct.** [Katholische Versammlung.] — Broschüre über Richard Wagner. — Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse. — Gestern fand hier die statutenmäßig alljährlich abzuhaltende Versammlung der Delegirten der bayerischen katholischen Gemeinden statt, an welcher 121 Mitglieder Theil nahmen. Der Secretär des Comité's der katholischen Reformbewegung, Dr. Zirngibl, sprach zuerst über den Stand und die Bewegung des Katholicismus mit Bezugnahme auf die einzelnen Vereine; Prof. Dr. Friedrich und Pfarrer Hasler von hier verbreiteten sich über die Selbstregung in den katholischen Gemeinden; Dr. Girschwälder sprach über die Bedeutung und die Nothwendigkeit der Verlegung des Organs der Katholiken, des „Deutschen Werkers“; Fabrikant Schamberger erstattete hierauf Rechnungsablage. Bezirksrichter Reutner aus Kaiserslautern erging sich über die katholischen Verhältnisse in der Rheinpfalz und stellte gemäß Beschluß der rheinpfälzischen Versammlung vom 20. d. den Antrag auf Beantwortung der bischöflichen Denkschrift, welcher Antrag jedoch in Folge Ermüdung durch Prof. Dr. Friedrich, daß eine solche Antwort bereits von der vom Kölner Congress eigens dafür eingesetzten theologischen Commission ausgearbeitet worden und demnächst erscheinen solle, zurückgezogen wurde. Bei Beratung der Statuten, welche nunmehr ihres provisorischen Charakters entkleidet werden und in ein definitives übergehen sollen, wurde behufs Vereinfachung der Debatte eine Special-Commission zur formellen Fassung der über die Organisation der Leitung der ganzen Reformbewegung laut gewordenen Gedanken eingesetzt und später die den Anträgen der Commission entsprechend modificirten Statuten angenommen. — Gegenwärtig macht hier eine (in Berlin erschienen) Broschüre „Richard Wagner, psychiatrische Studie von Dr. Puschmann“, große Sensation. Die Sprache ist durchweg eine maßvolle, ja edle. Die Broschüre trägt einen rein wissenschaftlichen Charakter. Der Verfasser, ein hiesiger Internist, kommt darin zu dem, Wagner's hiesige zahlreiche Freunde zur Wuth reizenden Schluß, daß Richard Wagner seit längerer Zeit bedenkliche Symptome von Geistesstörung zeige. — Eine jüngst auf Veranlassung des hiesigen Magistrats zusammengestellte Tabelle der seit 20 Jahren eingetretenen Steigerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse bietet höchst interessante Aufschlüsse über die in wahrhaft überraschendem Maße zunehmende Theuerung derselben. So hat diese Steigerung erreicht die höchste Ziffer mit 100 pCt. bei den Eiern (abgesehen von den „gelben Rüben“, die um 183 pCt. gestiegen sind), 90 pCt. beim Hühner, 83 pCt. bei den weißen Rüben, 85 pCt. bei den Spanferkeln, 72 pCt. beim Kalbfleisch, 66 pCt. beim Ochsenfleisch, 75 pCt. beim Kalbfleisch und bei den Tauben, 59 pCt. bei den Gänsen, 56 pCt. bei Hühnern, 54 pCt. bei Enten, 56 und 51 pCt. beim Finken- und Buchenholz, 42 und 35 pCt. beim Fichten- und Föhrenholz, 47 pCt. beim Schweinefleisch, 44 pCt. beim Schafffleisch, 43 pCt. bei der Butter, 37 pCt. bei der Milch, 33 pCt. beim Brannwein. In Getreide und Obst zeigt sich eine Steigerung beim Weizen um 18 pCt., bei der Gerste um 5 pCt., beim Hafer um 36 pCt., beim Raps um 40 pCt., beim

Rein um 22, bei Aepfeln um 23, bei Birnen um 13 pCt. Die Getreidepreise standen am niedrigsten für Weizen und Korn 1859, für Gerste 1858, für Hafer 1866; am höchsten für Weizen, Korn und Gerste 1854, für Hafer 1870. Preisänderungen sind eingetreten mit 9 1/2 pCt. beim rohen und mit 17 3/4 pCt. beim ausgelassenen Unschlitt, mit 10 und 9 pCt. beim Raps- und Leinöl und mit 14 pCt. beim Viehsalz. Kochsalz, Obsteifig, Kerzen und Seife sind gleich geblieben. Das Jahr 1872, welches bedeutende Steigerungen mit sich brachte, ist hier jedoch nicht mit inbegriffen.

**München, 30. Octbr.** [Eisenbahn.] Die durch mehrere auswärtige Blätter von hier gemeldete Nachricht, daß die bairisch-österreichischen Verhandlungen über einen Anschluß der beiderseitigen Eisenbahnen bei Eisenstein zu Ende geführt seien, ist eine irrthümliche. Zuverlässiger Mittheilung zufolge sind commissarische Verhandlungen über diesen Eisenbahnanschluß, sowie über einen zweiten bei Ruchwarda in Aussicht genommen; dieselben haben jedoch bis jetzt weder begonnen, noch ist überhaupt bisher ein bestimmter Zeitpunkt für deren Eröffnung festgelegt.

**Darmstadt, 30. Octbr.** [Die Abgeordnetenversammlung] hat in ihrer heutigen Sitzung mit allen gegen 3 Stimmen der Regierung die Ermächtigung ertheilt, der Stadt Mainz eine 3pCt. Anleihe im Betrage von 1,500,000 Gulden behufs Erweiterung der Stadt zu gewähren.

**Stuttgart, 30. Octbr.** [Die Kammer der Abgeordneten] ist heute nach einer Vertagung von 6 Monaten wieder eröffnet.

**Stuttgart, 30. Oct.** [Der Gesandte am Wiener Hofe.] Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet, ist der diesseitige Gesandte beim Wiener Hofe aus Gesundheitsrückichten seines Postens enthoben. Die Ernennung eines Nachfolgers steht demnächst bevor.

**Strassburg, 26. Octbr.** [Handelsverein. — Eisenbahnangelegenheiten. — Generalratswahl. — Militärisches.] Dieser Tage ist hier, nach dem Vorbilde einer schon vor 20 Jahren gebildeten Association sämtlicher Kaufleute, ein Handelsverein zur „gemeinschaftlichen Wahrung und Bertheiligung der kaufmännischen Interessen und Rechte“ gegründet worden. Derselbe richtet seine Spitze zunächst gegen die schädliche Eisenbahnverwaltung, und will, da er die bisherigen Mängel im Güterverkehr dem Mangel an Sachkenntnis Seitens der Verwaltung zuschreibt, dieser letzteren „hierüber Rath“ ertheilen, zugleich aber auch durch die „Presse dem ganzen Lande zu wissen thun, in welche unerträgliche Lage man uns (die Kaufleute) versetzt hat.“ Die Eisenbahnverwaltung wird für vernünftige und ausführbare Vorschläge gewiß nur dankbar sein. Hat sie doch selbst die Handelskammer zu Beschwerden aufgeführt; aber blizwenig werden die Herren ausrichten, wenn sie die deutschfeindliche Presse etwa benutzen wollen, um in bisheriger Weise auf die deutsche Verwaltung loszuschimpfen. Während die Herren gleich Anfangs aus ihrer sich auferlegten Apathie gegenüber der deutschen Verwaltung herausgetreten und hätten sie Anfangs schon der Verwaltung „guten Rath“ ertheilt, statt in französischen Journalen zu lamentiren, so stände es heute gewiß schon besser mit der Güterbeförderung, und die Herren hätten nicht mehr nöthig, über eine angebliche „unerträgliche Lage“ Klage zu führen. Die deutsche Regierung wäre f. Z. recht dankbar gewesen, wenn sich ihr tüchtige und wohlwollende einheimische Kräfte zur Verfügung gestellt hätten; aber man zog sich abfällig zurück, um später tüchtig schimpfen zu können, wenn es den „Preußen“ nicht gelingt, Alles nach Wunsch einzurichten. Es ist übrigens immer gut, daß die Herren endlich bekommen, und zugleich ein Beweis, daß bei uns nach und nach der Verstand über die Leidenschaft zu siegen beginnt. Letzteres zeigt sich auch in erfreulicher Weise bei den Vorbereitungen zu den Gemeindevahlen, die hin und wieder in Folge der Option von Gemeinderathsmitgliedern notwendig werden. Es ist noch nicht so lange, als bei der gleichen Gelegenheit die Parole: „Enthaltung oder nur Oppositionswahlen!“ ertönte, und heute bemühen sich angesehene Männer — gerade jene, die früher der Opposition oder der Enthaltung das Wort redeten —, ihren Mitbürgern zu beweisen, daß das Gemeinwohlinteresse sich sehr wohl von nationalen Fragen unterscheiden lasse, und daß es im Interesse der Gemeinden selbst liege, wenn Männer an die Spitze derselben zu stehen kommen, die aller Opposition Feind sind. Auch das Ergebnis der gegenwärtig stattfindenden Militäraushebungen bekundet den schließlichen Durchbruch gekommenen praktischen Sinn unserer Landsleute: denn unser Grund noch Feind hat einen sehr geringen Ausfall erwartet, wie er sich jetzt thatsächlich herausstellt. Daß die eifrigeren Burschen die Pilsenerhaube mit Vergnügen tragen, kann allerdings nicht behauptet werden, aber sie bieten dem Unabwendbaren die feste entschlossene Stirn, und das ist verständlich. So muß es kommen, wenn wir wieder glücklich werden sollen. (R. 3.)

**Wien, 30. October.** [Der Kriegsminister] Frhr. v. Kuyn ist außer der Tour zum Range eines Feldzeugmeisters erhoben und Commodore Sterned, der die österreichische Nordpolarexpedition auf dem Schiffe „Sjöloern“ begleitete, zum Contreadmiral befördert worden.

## Provincial-Beitung.

**Breslau, 30. October.** [Alle städtische Ressource.] Aus der gestern Abend im unteren Saale des Café restaurant abgehaltenen Männer-Versammlung, berichten wir aus folgendem: Den Vorsitz hatte Herr Hofferichter übernommen, der die Tagesordnung der Versammlung das bin mittheilte, daß zunächst 1. über die Aufstellung der Candidaten für die Stadtverordnetenwahlen Bericht erstattet werden und dann 2. über die Candidaten der Stadt gesprochen werden solle. Herr Kaufmann A. A. Schläpfer theilte zu No. 1 mit, daß sich eine Einigung des Wahlcomité's über die beiderseitig aufgestellten Wahlcandidaten herausgestellt habe, indem die Nationalliberalen die Vorschläge der Fortschrittspartei angenommen haben. Eine weitere Besprechung wurde bis zur Ankunft des Herrn Vorstehenden Dr. Eger verschoben und zur Angelegenheit der Stadicanäle im Anschluß an die in letzter Stadtverordneten-Versammlung gepflogene Debatte geschritten, über welche Herr Hofferichter einen lichtvollen Auszug mittheilte. Die Hauptfrage betrifft die seitens des Magistrats von der Stadtverordnetenversammlung verlangte Genehmigung zur weiteren Anlage, resp. Verbindung der Wasserlosseits mit den Canälen, die jedoch von anderer Seite als eine Gefahr für die Stadt beanstandet worden sei, indem sie, wie in der Feldgasse gesehen, Anlaß zu Canalverstopfungen gebe. An der Debatte theilnahmen sich theils für, theils gegen die Herren Knappe, Wahner, Sachs, Maurermeister H. Simon und Opticus Hebrich mit Hinzuliegender auf den noch immer zweifelhaften Streit über Ausfuhr oder Canalisation. Während der Debatte war auch Herr Dr. Eger erschienen, unter dessen Vorsitz die früher abgebrochene Verhandlung über die Wahlcandidaten wieder aufgenommen und zu Ende geführt wurde. Dann leitete die Versammlung zur Erörterung der Canalangelegenheit zurück, in deren Verlauf Herr Hofferichter auf die großen, bei dem Bau des neuen Wasserbehalters gemachten Versprechungen bezüglich der Reinlichkeit der Straßen hinwies, die zur Zeit noch sehr wenig in Erfüllung gegangen seien. Am Schluß theilte der Vorstand mit, daß der nächste Familien-Abend, wenn unter den bestehenden Bedingungen auch Gäste theilnehmen können, wegen arbeitsreicher Besetzung des Locals am nächsten Montag, erst Donnerstag, den 14. November stattfinden werde.

+ [Lotterie.] Am gestrigen 10. Ziehungstage 4. Klasse 146. königl. preussischen Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 10,000 Thaler auf Nr. 52,476 in die Collecte von Reimbald nach Köln, und 8 Gewinne von 5000 Thlr. auf Nr. 17,408 — Nr. 31,359 — Nr. 47,773 — Nr. 58,533 — Nr. 64,692 — Nr. 79,964 — Nr. 88,348 und Nr. 92,211 in die Collecte

von Steuer nach Breslau, Red nach Koblenz, Joseph nach Berlin, Weidmann nach Köln, Reimbald nach Köln, Weidmann nach Köln, Lehmann nach Berlin und Unger nach Erfurt.

„Feuer.“ Gestern Abend in der 6. Stunde wurde der Hauptfeuerwache von dem Rathshaus ein Hochfeuer gemeldet, wie sich aber dann herausstellte, hatten die auf dem Dach des Hauses Heiligegeiststraße Nr. 14 beschäftigten Dachdecker nur zum Theerfischen ein Feuer angemacht und war hierdurch der Thurmwächter getäuscht worden. Bald nach 11 Uhr rückte die Hauptfeuerwache nochmals aus. In einer Stiebtube Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 65 waren Kleidungsstücke, sowie eine Thür und Gerüst in Brand gerathen, das Feuer aber noch vor Eintreffen der Feuerwehr beseitigt worden. Angekommen: Ihre königl. Hoheit Herzogin von Württemberg aus Karlsruhe.

„Waldburg, 29. Octbr. [Tages-Chronik.] Die Erhöhung der Lehrgelder ist immer noch nicht endgültig zum Austrage gekommen. Wie uns mitgeteilt worden, ist man von einer Seite der hiesigen Behörden den Forderungen der königl. Regierung ziemlich nachgegeben. Ein Mittelweg ist eingeschlagen worden, nach welchem ein Anfangsgehalt von 275 Thlr. und ein Maximum von 550 Thlr., dazu Wohnungs- und Heizungs-Entscheidung als Norm hingestellt wurde. Damit soll sich auch die königliche Regierung einverstanden erklären und die Zahlung des höheren Gehalts schon von pro October ab gewünscht haben. Daß die Ausführung dessen bis jetzt noch unterblieben, liegt lediglich daran, daß die anderen Theile der hiesigen Schulbehörden noch nicht über die bezeichneten Maßnahmen schlüssig werden konnten. Daß aber auch letztere die etwaigen Hindernisse beseitigen werden, das dürfen die Lehrer sicher hoffen. Daß die 10,434 Einwohner dieser Stadt bei der Volkszählung im vorigen Jahre keine Zufälligkeit waren, und daß die Möglichkeit der Verminderung der Einwohnerzahl unter 10,000 und die Möglichkeit der diesjährige Seelenzählung bei der Klassensteuer-Berathung liegt, wobei sich statt einer Verminderung ein Wachsen der Bevölkerung ergeben. Unstreitig muß demnach Waldburg zu den kleinen Gemeinden gehören. Ein Minimumgehalt von 300 und ein Maximumgehalt von 600 Thlr. nebst Wohnungs- und Heizungs-Entscheidung festgelegt werden will. — Am Sonnabend verunglückte in der Dampfstraße zu Ober-Waldburg der 22 Jahre alte Arbeiter Malwald dadurch, daß er in Folge Umstürzens eines Holzkammes in das Getriebe der Maschine gequetscht wurde und dabei eine so erhebliche Gehirnverletzung erlitt, daß gestern trotz aller ärztlichen Hilfe im städtischen Krankenhaus hieselbst sein Tod erfolgte.

— **Ramsau, 30. October.** [Blühende Rosen.] In dem Garten des hiesigen Polizei-Wachmeisters Philipp steht seit einigen Tagen ein Rosenstock, der im Frühjahr gepflanzt wurde, aber im Sommer nicht zum Blühen gelangte, in schöner Blüthe.

„Leobisch, 29. October. [Gelder für Rom. — Vorträge.] Nach den höheren Orts angeordneten Recherchen, ob in den hiesigen Schulen sogenannte Peterspfennige gesammelt werden, hat sich ergeben, daß in den Mädchenklassen der Elementarschulen durch den Caplan Herrn Roth von den Schülerinnen monatliche Gelbbeträge für den sogenannten „Kindheit Jesu-Verein“ eingesammelt und nach Rom gesandt worden. Zu gleichem Zweck sind auch auf dem hiesigen Gymnasium durch den Religionslehrer Herrn Kirsch Gelbbeträge gesammelt. Dem Lehrer ist dieses Sammeln bereits durch den Director des Gymnasiums untersagt worden und steht Seitens der Aufsichtsbehörde der Elementarschulen ein gleiches Gebot zu erwarten; wir erlauben uns hierbei an die hiesigen Schullehrer zu erinnern, welche doch sicherlich derartige Sammlungen auch betrieben haben. — In der Philomathe sprach Herr Oberlehrer Dr. Winkler über Italien. Im Gewerbeverein hielt gestern Herr Rechtsanwalt Hede einen Vortrag über das Grundbuchrecht vom 5. Mai cr.

„Gleiwitz, 29. October. [Anerkennung.] In Folge der am 24. und 25. v. Mts. stattgehabten Prüfung der unter Direction des Herrn Dr. Matersdorf stehenden israelitischen Gemeindegemeinschaft, der diesmal der Kreis-Schulen-Inspector Herr Superintendent Dr. Weber beistand, hat die königl. Regierung diesen beauftragt, durch den Revisor, Herrn Rabbiner Dr. Kirschfeld, ihre Befriedigung mit den Leistungen der Schule auszusprechen, die erfreulich sind und den Erwartungen entsprechen, und den Lehrern ihre Anerkennung des löblichen Strebens auszudrücken.

**Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.**

Octbr. 30. 31.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0° . . . . .	332° 15	330° 74	329° 26
Luftwärme . . . . .	+ 9° 4	+ 7° 7	+ 8° 4
Dunstdruck . . . . .	2° 87	2° 56	2° 14
Dunstfättigung . . . . .	63 pCt.	65 pCt.	75 pCt.
Wind . . . . .	SW. 2	S. 2	SW. 1
Wetter . . . . .	wolfig.	frühe.	wolfig.

Breslau, 31. Oct. [Wasserstand.] D.-P. 14 F. 10 Z. U.-P. — F. — 3.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

**Pest, 30. Octbr.** Der Pest-Lothd bezeichnet das Gerücht von einer bereits erfolgten Beendigung der Verhandlungen betrieß des neuen Anlehens für verfrüht. In Ofen sind bisher 94 Cholerafälle, darunter 27 Todesfälle constatirt. Von 29 Soldaten 5 gestorben.

**Paris, 30. October.** Graf Arnim ist gestern Morgen hier eingetroffen und hat im Laufe des Nachmittags noch eine längere Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen, de Rémusat gehabt.

**Nancy, 30. Oct.** Gestern hat die offizielle Uebernahme der für die deutschen Occupationstruppen erbauten Baracken durch die preussische Intendantur stattgefunden. Die vollständige Räumung der Haute-Marne soll bis zum 4. November erfolgt sein.

**Rom, 29. October.** Der Schaden, den die Ueberschwemmungen im Gebiete von Mantua und Ferrara verursacht haben, ist außerordentlich beträchtlich. Mehrere tausend Familien sind hierdurch um ihre Habe gekommen. — Wie „Giornale di Roma“ wissen will, hat die französische Regierung nunmehr den Entschluß gefaßt, sich jeder Einmischung in die Frage betreffs der Aufhebung der religiösen Körperlichkeiten zu enthalten. — Der König hat der „Gazzetta Italia“ zufolge dem türkischen Gesandten, Poykades Bey, den Großorden des Mauritusordens als einen Beweis seines besonderen Wohlwollens verliehen. — Der Minister des Auswärtigen hat den Gesandten des Königs von Abyssinien, Menekel, empfangen und von demselben ein Schreiben für den König, in welchem die Gefühle der Freundschaft Ausdruck finden, entgegengenommen.

**Madrid, 29. October.** Cortesitzung. Auf der Tagesordnung stand der Antrag, das Ministerium Sagasta in Anlagenzustand zu versetzen. Der Minister Forriola erklärte, daß er zwar aus der Annahme des Antrags keine Cabinetsfrage machen, aber gegen den Antrag stimmen werde, und daß er seinen Freunden rath, dasselbe zu thun. Mit 124 gegen 104 Stimmen wurde beschlossen, den Antrag in Erwägung zu ziehen.

**Konstantinopel, 30. Oct.** Das Ministerium für Bergbau und Forstwesen ist aufgehoben. Das Gerücht einer Wiederernennung Mahmuds ist verfrüht.

**New-York, 29. October.** Der Präsident Grant hat auf den Wunsch der französischen Regierung von dem Erlasse der Verordnung, nach welchem nichtfranzösischen Waaren, welche in französischen Schiffen in die Vereinigten Staaten importirt werden, einem Zolle von 10 Prozent unterliegen, vorläufig Abstand genommen. — Die unter 10 Prozent unterliegenden Epheemien nimmt immer größere Dimensionen an und der Verkehr mittelst Pferdebespannung ist fast gänzlich aufgehoben.

**Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.** Berlin, 31. October. Der Ministerrath soll einen Pairschub zur Reform des Herrenhauses beschließen haben. Die bezüglichen Gesetzesvorlagen und die Schließung der Session wird vorbereitet. Die Demission Eulenburgs ist abgelehnt.



Druck von Grak, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.